

# Linkes Blatt <sup>DIE LINKE.</sup>

18. Ausgabe / 20. Jahrgang

Für Halle

02. November 2010

## Wahlprogramm „Ein Land für alle“ beschlossen

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt hat ihr Programm für die bevorstehende Landtagswahl beschlossen. Nach intensiver Beratung votierten die Delegierten ohne Gegenstimme für das Wahlprogramm unter dem Motto „Ein Land für alle“.

Die Grundlinien des vom Landesvorstand vorgelegten Entwurfs wurden bestätigt, in den Mittelpunkt des politischen Angebotes stellt DIE LINKE die Themen: Bildung und Chancengleichheit, gute Arbeit und gute Löhne und die stärkere Unterstützung für Kinder aus armen Familien.

Im Bereich der Schulpolitik fordert die DIE LINKE den schrittweisen Übergang zum längeren gemeinsamen Lernen, im Bereich der Kindertagesstätten die Wiederherstellung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für alle Kinder. Für Kita und Grundschule will DIE LINKE die Subventionierung eines gesunden und bezahlbaren Mittagessens durchsetzen.

Die Zukunftsfähigkeit des Landes hängt an den Perspektiven der Menschen: DIE LINKE will den Status Sachsen-Anhalts als Niedriglohnland durch ein neues Vergabegesetz verändern. Öffentliche Aufträge sollen nur noch an Unternehmen gehen, die mindestens einen Stundenlohn von 8,50 Euro zahlen. Im öffentlichen Dienst fordert DIE LINKE bis 2016 1.200 Neueinstellungen mehr als bisher von der Landesregierung geplant, um dem bevorstehenden Mangel an Lehrern, Verwaltungsfachleuten und Polizisten begegnen zu können.

Quelle: Internetseite [www.dielinke-lsa.de](http://www.dielinke-lsa.de)

Das vollständige Wahlprogramm findet Ihr unter: [http://www.dielinke-sachsen-anhalt.de/fileadmin/download/Parteitage/101023LPT2\\_3/Landtagswahlprogramm-Beschluss.pdf](http://www.dielinke-sachsen-anhalt.de/fileadmin/download/Parteitage/101023LPT2_3/Landtagswahlprogramm-Beschluss.pdf)

DIE LINKE will in Zeiten äußerst knapper öffentlicher Kassen eine sehr bewusste Entscheidung über

Stellenwert von Landtagswahlen für die Veränderung der Kräfteverhältnisse im Bund. Er schloss seine



Delegierte des Landesparteitages aus Halle und dem Saalekreis diskutieren in einer Pause gemeinsam.

ihren Forderungskatalog und ihre politischen Vorhaben treffen. Wulf Gallert, designierter Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten, betonte in seiner Rede an die Delegierten, dass sich Glaubwürdigkeit der LINKEN an der Umsetzbarkeit ihrer politischen Agenda misst. Hart griff er die CDU an, der er vorwarf, die Probleme des Landes schön zu reden. „Die Leute haben genug von falschen Versprechungen. DIE LINKE dagegen steht mit beiden Beinen fest auf dem Boden, auch der Rahmenbedingungen hier in diesem Land, wir kennen die Probleme, aber auch die Chancen und Potentiale in Sachsen-Anhalt.“

Gastredner Gregor Gysi betonte den

Rede an die Delegierten mit dem Aufruf, mit dem Wahlsieg der LINKEN auch ein deutliches Signal an die Bundesregierung zu senden. „Wer Veränderung in Sachsen-Anhalt will, der muss DIE LINKE wählen. Anders sind Veränderungen nicht zu erreichen - weder bei der Union, weder bei der SPD und schon gar nicht im Land.“ Die SPD in Sachsen-Anhalt steht für Gysi vor der Entscheidung, nach der Landtagswahl entweder ihr Wahlprogramm zu konterkarieren, sollte sie weiter im Bündnis mit der CDU verbleiben - oder mit der Wahl des LINKEN Ministerpräsidenten Wulf Gallert ins Geschichtsbuch der Bundesrepublik einzugehen.

## Aus der Stadtratssitzung vom 27. Oktober 2010

Übergreifendes Thema der Bürgersprechstunde war die drohende Schließung des Thalia-Theaters. Kurz zum Hintergrund: Das Geld innerhalb der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle reicht nicht mehr, um alle Theater der Stadt zu finanzieren. Bisher wurden 35 Millionen Euro für die Bühnen ausgegeben! Der Aufsichtsrat der Theater GmbH hatte einer Schließung des Thalia Theaters zugestimmt, wenn die Gewerkschaften keinen Haustarifen zustimmen werden.

In der Bürgersprechstunde wurden dementsprechend viele Fragen an die Oberbürgermeisterin gestellt. Ihre Beantwortung war den Anwesenden nicht ausreichend und die Emotionen gewannen z. T. über die Sachlichkeit.

Trillerpfeifen, Pfiffe, „Buh-Rufe“ und ähnliches waren zu hören und störten die Bürgerfragestunde. Ordnungskräfte mussten eingreifen. Die Demonstrationen vor dem Rathaus gingen weiter und wenig später „stürmten“ vorrangig Kinder und Jugendliche in den Stadtrat. Die Sitzung wurde unterbrochen, der Stadtratsvorsitzende und die Oberbürgermeisterin versuchten, die Demonstranten zu beruhigen.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hatten einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, der die Beschlüsse des Aufsichtsrates der Theater GmbH aufheben sollte. Wir stimmten diesem Antrag zu, aber die erforderliche 2/3 Mehrheit bekam er nicht und somit kam er nicht auf die Tagesordnung!

Der Nachtragshaushalt wurde - auch mit unseren Stimmen - beschlossen. Allerdings konnte mit Mehrheit die Kürzung für die Vereine und die Suchtberatung sowie

des Semesterticketzuschusses in der Haushaltskonsolidierung verhindert werden. Diese „Rücknahmen“ waren für uns die Grundlage zur Zustimmung des Nachtragshaushaltes. Weitere Anträge haben wir unterstützt, sie fanden aber keine Mehrheiten, so haben wir beispielsweise nicht der Kürzung von Fördermitteln im Bereich der Gleichstellung zugestimmt. Eine Mehrheit hätte allerdings anders entschieden.

Nicht zugestimmt haben wir der Vorlage, die ARGE in eine Optionskommune zu überführen. Wir sehen hier zu große Risiken für die Kommune, vor allem aber keine Verbesserungen für Betroffene! Auch das die Arbeitsagenturen nicht zu sehr regionalisiert werden sollten, ist für uns wichtig! Die Betreuung von Langzeitarbeitslosen muss eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe bleiben.

Ohne größere Diskussionen wurden die Neufassung der Stellplatzsatzung, die Sondernutzungsgebührensatzung, die Änderung der Hundesteuersatzung, die Grundstücksentwässerungssatzung, die Abfallwirtschafts- und Abfallgebührensatzung beschlossen. Auch der Satzung zur Erhöhung der Hebesätze und der Schulentwicklungsplanung - hier Berufsschulen - konnten wir zustimmen. Im Februar 2011 wird im Stadtrat der Beigeordnete für Planen und Bauen gewählt. Die Amtszeit von Dr. Pohlack (7 Jahre) ist „abgelaufen“, eine Ausschreibung ist nötig. Der jetzige Amtsinhaber will sich auch wieder bewerben.

Der Neustädter Friedhof wird doch nicht geschlossen! Die Abstimmung zu diesem Antrag, den der Stadtrat Andreas Schachtschneider (CDU)

stellte, war denkbar knapp.

Mit nur einer Stimme Mehrheit (22 Ja- zu 21 Nein-Stimmen) wurde er auch mit unseren Stimmen bestätigt. Swen Knöchel hatte in der Diskussion darauf aufmerksam gemacht, dass wir im Jahre 2008 einen ähnlich lautenden Antrag bereits gestellt hatten, der damals allerdings noch nicht die Mehrheit fand. Der Schließungsbeschluss, so Swen weiter, habe die Halle-Neustädter verunsichert. So wäre auch zu erklären, dass die Bestattungszahlen zurückgegangen seien.

Für einige Diskussionen sorgte der Antrag der FDP-Fraktion, die „Retter von Halle“ mit einer Gedenktafel zu ehren. Dabei soll auch der Name Felix Graf von Luckner sein. Dem gegenüber stand ein gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen SPD, GRÜNE und unserer Fraktion.

Der FDP-Antrag hätte keine Mehrheit bekommen. Innerhalb der Diskussion wurde der Antrag deshalb von der FDP-Fraktion zurückgezogen!

Nach Meinung der Verwaltung sollte unser Antrag zur Barrierefreiheit als erledigt betrachtet werden, weil unsere Forderungen schon „gelebte Praxis“ seien. Erfahrungen von Behindertenverbänden zeigen uns jedoch ein anderes Bild. Wir haben den Antrag in den Planungsausschuss mit Beteiligung des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses verwiesen.

Auch der Antrag von Hendrik Lange zu einem Gestaltungskonzept für das Gelände der ehemaligen Fröbelschule in Halle-Neustadt wird im Planungsausschuss weiter diskutiert.

Ute Haupt, Stadträtin

## Was motiviert Dich, diese Ehrenämter einzunehmen?



Dr. Mohamed Yousif, Stadtrat

**1. Mohamed, Du bist als sachkundiger Einwohner für die Fraktion tätig gewesen und jetzt bist Du schon einige Jahre Stadtrat.**

**Was motiviert Dich, diese Ehrenämter einzunehmen?**

Ich war von 1996 bis 1999 sachkundiger Einwohner im Gleichstellungsausschuss und seit 1999 bin ich bis heute Stadtrat für die Fraktion DIE LINKE.

Früher als linker Student war ich politisch motiviert und sehr aktiv (in der Leitung der Studentenbewegung in Ägypten und der DDR). Danach war ich aktiv in der Gewerkschaftsbewegung und Mitglied der Leitung der BGL im Betrieb. Durch meine politische Überzeugung als LINKER und meine jahrelangen Erfahrungen bin ich motiviert für ehrenamtliche Tätigkeit für die Menschen.

**2. In welchen Ausschüssen bist Du tätig?**

Ich bin Mitglied in folgenden Ausschüssen:

Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss und im Rechnungsprüfungsausschuss

**3. Für welche Schwerpunkte in der Kommunalpolitik engagierst Du Dich derzeit, was ist Dir wichtig?**

Schwerpunkte meiner Arbeit sind: Soziale Gerechtigkeit und Gleich-

stellung sowie Integration von AusländerInnen in unserer Stadt, Unterstützung der in der Sozialarbeit tätigen Vereine und Verbände sowie der Frauen- und Migrantenvereine (19 Vereine in unserer Stadt) und die Unterstützung der Arbeit der Integrationsbeauftragten und des Ausländerbeirates.

Ich bin zurzeit Mitglied der AG Umstrukturierung des Ausländerbeirates.

Deshalb ist es für mich selbstverständlich, aktiv an den Konferenzen der Netzwerke der Migrantenorganisationen, der Interkulturellen Woche, der AfrikaWoche...etc. teilzunehmen.

Ich bin noch Mitglied in der IG Metall, Bürgerinitiative Silberhöhe, Eine-Welt-Haus-Halle e.V., HFC und des Vereins Fußball ohne Gewalt.

Das Interview führte Ute Haupt

### **„Bildung für alle und zwar umsonst! - Diskriminierung und Ausgrenzung von MigrantInnen im Bildungsbereich“ Veranstaltungsreihe des SDS und der Grünen Hochschulgruppe**

**18.11.2010 Vortrag „Illegalität und Hochschule“**

Referent: Maximilian von Medinetz, Magdeburg

Ort: Hörsaal XVI (Melanchthonianum)

Zeit: 18.00 Uhr

**25.11.2010 Gesprächsrunde „Zugangschancen und Probleme von MigrantInnen an der Uni“**

ReferentInnen: Dr. Karamba Diaby (Vorsitzender des Ausländerbeirates der Stadt Halle)

Nadine Sandring (Psychosoziales Zentrum für MigrantInnen)

Stefanie Geyer (Referentin für allgemeine Bildung und Hochschulpolitik/DIE LINKE)

Ort: Hörsaal B (Melanchthonianum)

Zeit: 18.00 Uhr

**02.12.2010 Podiumsdiskussion „Quotenregelung zur Migrationsförderung?“**

ReferentInnen: Claudia Dalbert, Landesvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen in Sachsen-Anhalt

Ska Keller, Abgeordnete im Europaparlament

Ort: Hörsaal XVI (Melanchthonianum)

Zeit: 18.00 Uhr

### **Linkes Blatt**

#### **Impressum:**

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand

Blumenstraße 16

06108 Halle (Saale)

Telefon 0345 / 20 255 90

eMail:

linkesblatt@dielinke-halle.de

Swen Knöchel (v.i.S.d.P)

Herstellung: Eigendruck

Erscheinungsweise: 14 - t ä g i g

Auflage: 650 Exemplare

#### **Spende erbeten**

Endredaktion dieser Ausgabe:

28.10.2010

Redaktionsschluss der nächsten

Ausgabe: 11.11.2010

**Programmdiskussion:**

**Visionen treffen auf Wirklichkeit -  
eine kontroverse programmatische Frage!**

Oberbürgermeister, Bürgermeister, Dezernenten, politische unterwegs auf dem Ticket der LINKEN - müssen tagtäglich politisches Alltagsgeschäft bewältigen - und das mit dem Anspruch, linke Politik zu befördern. Das ist nicht immer ein vergnügungssteuerpflichtiger Vorgang. Visionen treffen auf Wirklichkeit, auf Widersprüche, auf Risiken, auf unfreundliche Gelingensbedingungen, auf politischen Gegenwind. Woran kann man hierbei den Erfolg messen?

Wo liegen die Grenzen dessen, was für linke Politik noch zulässig ist?

Wann sollte DIE LINKE aus- und wann sollte sie einsteigen in politische Verantwortung?

Mit anderen Worten: welches sind die politischen Haltelinien?

Welchen Platz sollten diese Fragen in einem neuen Grundsatzprogramm haben?

Diese Fragen schlagen immer wieder hohe Wellen in der programmatischen Debatte um ein neues Grundsatzprogramm. Zu recht, denn sie berühren grundsätzliche Fragen des Politikverständnisses. Ist es doch vor allem die Politik der GRÜNEN und der SPD in ihrer Regierungszeit, die eine tiefe Kluft zwischen Programmatik und praktischer Politik offenbart haben. Die Angst, in ebensolche Schief lagen zu geraten ist nur allzu verständlich und gehört genau genommen in programmatische Debatten der Linken überhaupt.

Der Entwurf für ein Grundsatzprogramm unternimmt den Versuch, diesen Gefährdungen mit „Haltelinien“ vorzubeugen: DIE LINKE „wird sich an keiner Regierung be-

teiligen, die Privatisierungen vornimmt, Sozial- oder Arbeitsplatzabbau betreibt. Darüber hinaus wird sich DIE LINKE auf Bundesebene nicht an einer Regierung beteiligen, die Kriege führt und Kampfeinsätze der Bundeswehr im Ausland zulässt, die Aufrüstung und Militarisierung vorantreibt. Notwendige Bedingungen sind weiterhin die Durchsetzung des gesetzlichen Mindestlohns und der Kampf gegen Lohndumping und untertarifliche Bezahlung.“ (aus dem Entwurf)

Solche Haltelinien vermitteln zunächst Sicherheit und Verlässlichkeit. Nach den Enttäuschungen - insbesondere - hinsichtlich der Politik der SPD nur zu verständlich. Aber können sie diesen Anspruch auch erfüllen?

Ein alter Benediktinermönch formulierte einst: „Wo wir sind, nicht wo wir sein möchten, ist der Ort, an dem wir anfangen müssen.“ Eigentlich eine Binsenweisheit, allerdings eine mit Konsequenzen. Die vorgefundenen - und meist nicht selbst verursachten - Rahmenbedingungen, auf die auch linke Politik trifft, wenn sie beginnt im Hier und Jetzt zu gestalten, sind nicht immer diejenigen, die unsere Visionen geradezu befördern. Sie produzieren heftigen Gegenwind und vor allem Widersprüchlichkeiten. Dazu gehören z.B. bereits ausgehöhlte öffentliche Kassen, dazu gehört eine verschobene Bevölkerungspyramide oder gar die Skepsis der Bevölkerung gegenüber unseren grundlegenden Reformansprüchen - und zwar auch dann, wenn die Wahlergebnisse durchaus anderes suggerieren. Wir

können nicht warten, bis sich diese Rahmenbedingungen so verbessert haben, dass unsere Visionen geradezu passfähig und willkommen sind. Die Politik in den Ländern kann nicht erst dann beginnen, wenn auf Bundesebene unsere steuerpolitischen Vorstellungen umgesetzt sind und auch noch das gewünschte Ergebnis bringen. Also heißt das: Politik ist immer Politik unter gegebenen Umständen, auch unter misslichen. So stellen sich die Fragen vor Ort dann ganz konkret: Wollen wir eine Schulreform umsetzen - die gewiss nicht ohne finanziellen Mehraufwand möglich ist - auch wenn wir an anderer Stelle dafür Kürzungen tolerieren müssen?

Ist es zulässig einen bisher kostenfreien Landesfamilienpass nunmehr an besser verdienende Familien zu einem mäßigen Preis zu verkaufen um ihn dafür Familien in Not kostenfrei zur Verfügung zu stellen? Wo beginnt Sozialabbau?

Politik im Hier und Heute heißt, Schwerpunkte zu setzen. Aber Schwerpunkte sind keine Schwerpunkte, wenn sie nicht auch Leichtpunkte zur Folge hätten: Forderungen auf die wir verzichten müssen, Einsparungen, die auch wir tolerieren müssen, Schadensbegrenzung, die auch unser tägliches politisches Brot ist - und sein muss. Anders ist Politik nicht zu haben, als durch Umbau bei laufendem Betrieb - mit Risiken und Nebenwirkungen, vorhersehbaren und nicht vorhersehbaren. Haltelinien werden uns aus diesen Spannungen nicht erlösen. Im Gegenteil: Sie vermitteln den trügerischen Eindruck, als wäre Politik mit einfa-



chen Kriterien messbar. Nein, das ist sie nicht. Das einzige Mittel, was da hilft, ist die demokratische Auseinandersetzung - vor Ort, innerhalb und außerhalb der Partei, hart in der Sache und solidarisch im Miteinander. Basisorganisationen, Landesparteitage, Gremien und

Plattformen sind aufgerufen, sich daran jeweils konkret zu beteiligen und letztlich zu entscheiden. Die kritische Begleitung von politischer Verantwortung in ganz praktischer Politik - und zwar in Opposition und Regierung gleichermaßen - ist keine statische Frage von Halteli-

nien - vergleichbar einem gut hörbar einrastenden Kippschalter - . Es ist und bleibt ein dauernder Prozess, der uns immer wieder auf's neue Argumente, Wertungen und Auseinandersetzungen abfordern muss.

Birke Bull

## Hochschulen zwischen hoher Studienplatznachfrage und Unterfinanzierung

Seit Jahren ist die Überlastung der Hochschulen besonders mit der Umstellung auf die Studienabschlüsse Bachelor und Master in der öffentlichen Debatte. Dazu haben sicherlich auch die Bildungstreiks beigetragen. In diesem Zusammenhang hat sich DIE LINKE im Landtag während der Haushaltsverhandlungen sehr kritisch mit den Budgets der Hochschulen für die nächsten Jahre auseinandergesetzt. Hauptkritikpunkte waren dabei das Einfrieren der Budgets auf einem zu niedrigen Niveau, die so genannte leistungsorientierte Mittelvergabe und dass Tarifsteigerungen nur zu 90 % durch das Land ausgeglichen werden sollen.

Derzeit befinden sich etwa 51000 Studierende an den Hochschulen in Sachsen-Anhalt. Mit den Kürzungsdebatten von 2004 wurde die Hochschulstruktur auf 34000 Studierende festgelegt. Selbst wenn man einräumt, dass die eigentliche Kapazität bei etwa 42000 Studierenden liegt, machen diese Zahlen deutlich, wie groß die Überlast an den Hochschulen ist. Prominentes Beispiel ist eine Vorlesung in den Wirtschaftswissenschaften, die aus Personalmangel nicht 2-mal gelesen werden kann und somit im Steintor-Varieté abgehalten wird, um allen Studieninteressenten die Teilnahme zu ermöglichen. Eine Ursache für das Handeln der Hochschulen ist der Hochschulpakt zwi-

schen Bund und Ländern. Er regelt, dass die Ostländer Geld vom Bund bekommen, wenn sie die Studienanfängerplätze von 2005 vorhalten. In diesem Jahr herrschte aber in Sachsen-Anhalt eine besonders hohe Studienplatznachfrage und die Personalkürzungen waren noch nicht wirksam. Im Jahr 2010 sieht die Personalsituation deutlich anders aus und besonders die beiden Universitäten haben mit vielen freien Stellen zu kämpfen. Gleichzeitig sollen die Hochschulen die Studienanfängerzahlen von 2005 bringen, was zur beschriebenen Überlast führt. DIE LINKE hat deshalb einen Aufwuchs der Budgets gefordert. Dem ist die Koalition nicht nur nicht nachgekommen, sie hat auch noch 2 weitere Daumenschrauben angelegt. Zum einen sollen die Hochschulen 10% zukünftiger Tarifsteigerungen aus ihren knappen Budgets selbst zahlen, zum anderen soll eine leistungsorientierte Mittelvergabe eingeführt werden. Dazu sollen 5 % der Budgets im nächsten Jahr und 10 bzw. 15 % der Budgets in den darauf folgenden Jahren an so genannte Leistungsindikatoren in Forschung, Lehre und Gleichstellung gebunden werden. Das verschärft die Situation, da nur sehr vage mit dem Geld kalkuliert werden kann. Zumal Leistungsbeurteilung in der Wissenschaft höchst umstritten ist. DIE LINKE hat immer die Positi-

on vertreten, dass man Leistungsanreize nur durch Budgetaufwuchs finanzieren kann. Eine Regelung 100% minus 5-15% lehnen wir ab. Die Krönung für die Mehrheit der Hochschulen ist nun noch, dass ein großer Teil der Bundesmittel aus dem Hochschulpakt nicht für das solidarische Erbringen der Studienanfängerzahlen an alle Hochschulen verteilt, sondern zur Stärkung der Lehrerbildung an der Uni Halle verwendet werden soll. Die LehrerInnenausbildung und Übernahme in den Landesdienst ist seit Jahren vernachlässigt worden. Das hat DIE LINKE kritisiert und ein entsprechendes Programm gefordert. In den Haushaltsverhandlungen haben wir deshalb einen Aufwuchs des Budgets der Uni Halle um 4,5 Mio • gefordert. Jetzt den anderen Hochschulen zustehendes Geld dafür wegzunehmen, halten wir für den falschen Weg, auch wenn wir das Aufwachen von Landesregierung und Koalition mit Blick auf den bevorstehenden LehrInnenmangel begrüßen.

DIE LINKE im Landtag wird daher weiter die Entwicklung der Hochschullandschaft kritisch begleiten und konstruktive Vorschläge zur Verbesserung der Situation der Hochschulen machen. Dabei ist sie an der Seite der Hochschulen, ihrer Beschäftigten und Studierenden.

Hendrik Lange

## Sachsen-Anhalt Umfrage September 2010

### Chancen für eine rot-rote Landesregierung

Im März 2011 wird in Sachsen-Anhalt ein neuer Landtag gewählt. Wir wollen die Wahl gewinnen und stärkste Landtagsfraktion werden. Wie stehen die Chancen 6 Monate vor der Wahl? Nach dem Sachsen-Anhalt Report September 2010 käme DIE LINKE bei Wahlen im Land auf 30% Zustimmung. Das heißt: Das Ziel, stärkste Fraktion zu werden, ist noch nicht erreicht.

Die SPD in Sachsen-Anhalt würden 21% der BürgerInnen wählen. Somit käme DIE LINKE und die SPD zusammen auf eine rechnerische Mehrheit von 51% der Stimmen! Damit könnte die CDU im Land abgewählt werden und eine rot-rote Landesregierung wäre möglich. Eine rot-rote Landesregierung wäre gut für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes und hätte Auswirkungen auf die gesamte Bundesrepublik.

Wird eine rot-rote Landesregierung von den beiden Parteien DIE LINKE und SPD überhaupt gewollt? Bisher sind die Signale der Landesvorstände beider Seiten nicht eindeutig. Die Wahlprogramme beider Parteien enthalten zu dieser Fragestellung keine Aussage. Anders betrachtet: 30% für die CDU und 21% für die SPD sind zusammen gleichfalls 51%. Nach dieser Umfrage ist die SPD in der komfortablen Lage, sich auszusuchen, mit wem sie regieren möchte. Da ist doch kaum zu er-

warten, dass sich die SPD-Spitze und Posteninhaber für einen Politikwechsel engagieren. DIE LINKE muss folglich Politikangebote machen, denen linke Sozialdemokraten, linke Grüne und linke Bürgerbewegte zustimmen können.

In der September-Umfrage wurde in Sachsen-Anhalt auch die Meinung der BürgerInnen über die Kompetenz der Parteien erkundet. Die Aussagen über die Fähigkeiten der Parteien sind für DIE LINKE wenig schmeichelhaft.

Profil zeigen. Sachkenntnisse beweisen.

Nur 27 % der Bevölkerung in Sachsen-Anhalt billigen der LINKEN Kompetenz bei der Lösung sozialer Fragen zu. Das war aber oder ist(?) die Kernkompetenz der Partei. Offenbar spüren die Bürgerinnen und Bürger zu wenig Druck von links zur Lösung sozialer Probleme und erwarten, dass sich die LINKE wieder an die Spitze des Protestes ge-

gen die CDU-Politik setzt. In der Wirtschafts- und in der Umweltpolitik meinen nur jeweils 5% der Befragten, dass die LINKE in Sachsen-Anhalt Kompetenz habe. Nahezu katastrophale Werte. Da müssen doch die Glocken im Magdeburger Parteivorstand Alarm schlagen. Parteispitze und die neuen Landtagskandidaten haben noch 6 Monate Zeit und genügend Platz für eine offensive Darlegung unserer Auffassungen. Das Linke Blatt Halle veröffentlicht gern Beiträge. Es ist an der Zeit, die innerparteiliche „Nabelschau“ zu beenden und eine breite Öffentlichkeitsarbeit zu beginnen.

Wir wollen die Landtagswahlen im März 2011 gewinnen. Wir ringen um die Mehrheit der Wählerstimmen. Es gibt viel, viel mehr Wähler als Parteimitglieder.

Auf sie ist die Aufmerksamkeit der LINKEN zu richten.

G.Nau

**6.11.2010**  
Bürgerhaus  
Hohenmölsen

**NPD Bundesparteitag  
WiderSETZEN**

Auf dem  
NPD-Bundesparteitag  
am 06.11.2011 im Bürgerhaus  
Hohenmölsen beschließt die NPD  
die bevorstehende Fusion mit der DVU.  
Dem daraus resultierenden Erstarken  
Rechtsextremer Parteien muss antifaschistisch  
motiviertes Handeln entgegengesetzt werden.

Kommt am 06.11.2011 nach Hohenmölsen um den  
menschenverachtenden Ideologien der NPD etwas entgegenzusetzen.

Informationen zu angemeldeten Kundgebungen und Anreise unter  
bgrweissenfels@gmx.net oder bgrweissenfels.blogspot.de

Fragen zur organisierten Busfahrt bzw. zu Mitfahrgelegenheiten bitte an:  
[info@dielinke-halle.de](mailto:info@dielinke-halle.de)

## Zwanzig Jahre Dingsda-Verlag Querfurt

Der Dingsda-Verlag wird in diesem Jahr zwanzig Jahre alt. 1990 wurde er von dem Verleger Joachim Jahns in Querfurt gegründet und 2004 nahm der Verlag seinen Sitz in Leipzig. Der Name des Verlages geht auf den Dichter Johannes Schlaf zurück,



der einer der führenden Wegbereiter des Naturalismus in Deutschland war. Sein Buch „In Dingsda“, in dem Schlaf seiner Heimatstadt Querfurt ein literarisches Denkmal setzte, war einst in mehreren Auflagen unter der Nr. 20 in der bekannten Insel-Bücherei in Leipzig erschienen. Am Anfang veröffentlichte der Dingsda-Verlag vor allem Titel mit regionalem Bezug. Zum Beispiel „Die Sagen des Königreichs Sachsen“ von Grässe, mehrere Bände in Mansfelder Mundart, einen historischen Wanderführer durch das Unstruttal von Prof. Größler, den Bestseller „Der Thüringer Königshort“ von

Reinhold Andert und die „Großen Querfurter“ von Joachim Jahns. Ab 1993 erschienen im Dingsda-Verlag zeitkritische Bücher und Belletristik, so etwa der Wende-Roman „Totschlag“ von Erik Neutsch.

Warum der Verlag für einen Abdruck dieses Romans von einer Zeitung 3000 DM erhielt, obwohl die erworbenen Abdruckrechte nicht wahrgenommen wurden, wird eine der kuriosen Geschichten sein, die der Verleger erzählt, wenn er am **11. November, um 18.30 Uhr** auf Einladung der Leiterin der Stadtbibliothek **Mücheln im dortigen Kulturzentrum** die Geschichte des Dingsda-Verlages vorstellen wird.

Unter den Titeln des Verlages befanden sich wichtige Bücher von Gerhard Zwerenz, Anneliese Probst, Louise von Francois, Willi Sitte und dem Querfurter Arzt Walter Kuhwald.

Ab 2007 recherchierte Joachim Jahns zur Geschichte des Warschauer Ghettos, um einer gerichtlichen Klage am Landgericht in Leipzig zu widerstehen, die auf das Verbot der Autobiografie „Einganz gewöhnliches Leben“ von Lisl Urban, einer weiteren Autorin des Dingsda-Verlages, zielte. Während dieses Prozesses fand der Verleger heraus, dass der Kläger ein ehemaliger SS-Hauptsturmführer und Hauptmann der Schutzpolizei war, der sich 1943 führend an der Liquidierung des Warschauer Ghettos beteiligte.

Durch diese überraschenden Erkenntnisse geriet der Prozess für kurze Zeit in die Weltschlagzeilen. Ein Ergebnis seiner Recherchen ist sein Buch „Der Warschauer Ghettokönig“.

Zur Zeit arbeitet Joachim Jahns an der Militärbiografie des Schriftstellers Erwin Strittmatter sowie an einem Bildband über die Stadt Querfurt, der 2011 erscheinen soll.

### Verlag & Verlagsservice

Fa. Schneidewind, Germarstr. 6,  
06112 Halle, Tel. (0345) 5170956.  
e-mail: kontakt@verlag-schneidewind.de

### Das aktuelle Angebot:

Neu +++ Neu

- \* Postkartenkalender Halle „Impressionen 2011“, Preis: 5,00 Euro,
- \* Epperbuch Nr. 4: „Apfelmus mit und ohne Zucker“, Preis: 4,00 Euro,
- \* Joachim Lippold „Überlebt! - Blutverdünner: Lebensretter oder Todesdroge“, AXON Verlag Querfurt, Preis: 16,80 Euro,
- \* Joachim Jahns „Der Warschauer Ghettokönig“, dingsda-verlag, 24,90 Euro.

### Programmkonvent

7. November 2010,  
9 bis 17 Uhr, Hannover Congress Centrum

Zu diesem Programmkonvent laden wir euch herzlich ein. Im Plenum und in den acht Diskussionsforen wird es ausreichend Gelegenheiten geben, eine erste Zwischenbilanz zu ziehen, wo wir mit unserer Debatte stehen, welches die hauptsächlichen Debattenpunkte und Positionen sind. Wir haben den Ablauf des Konvents bewusst so geplant, dass unterschiedliche Positionen sichtbar werden. Wir wollen in Hannover kulturvoll streiten, es geht jetzt um Argumente, nicht um Abstimmungen. Wir freuen uns über die erfolgreichen Regionalkonferenzen und gehen von einem großen Interesse an der Veranstaltung in Hannover aus. Mit solidarischen Grüßen  
Gesine Löttsch